

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

[Fernsprecher Nr. 926]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Fernsprecher Nr. 926]

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Hauptstraße Nr. 50/52, und die Post zu beziehen. — Preis vierteljährlich M. 1.50. Monatlich 50 Pfg. — Postbezugsstelle: Nr. 4062a, letzter Nachzug.

Die Anzeigengebühren betragen für die vierzehntägige Bezahlung oder deren Raum 15 Pfg., für Veranlagungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg.; auswärtsige Anzeigen 20 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bei 9 Uhr Vormittags, spätere tags vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 218.

Freitag, den 16. September 1904.

11. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Handelsverträge, Produktionsentwicklung, Arbeiterpolitik.

Wp. „Wer Handelsverträge will, muß Hölle wollen“ — erklärt Schippel, d. h. man brauche Hölle, um die fremden Schutzhölle zu bekämpfen. Das ist die Copypist, wie wir sie auf Schritt und Tritt in der widerspruchsvollen kapitalistischen Politik treffen. So beim Militarismus. Niemand will den Krieg, aber aus Rücksicht auf die anderen, rüftet man und sucht, sich gegenseitig zu überbieten. Die gleiche Schraube ohne Ende wirkt auch bei den Hölle. Man sollte meinen, das wäre für uns umso mehr Grund zu einer prinzipiellen Ablehnung.

Hätte man allgemein Freihandel, so brauchte man keine Handelsverträge. Die Handelsverträge sind selbst eine Protektionsmaßregel, hervorgerufen durch die Schutzhölle. Woraus sich ergibt, daß die Handelsverträge nur dann für uns einen Wert haben, wenn sie uns dem Freihandel nähern, also wenn sie auf einer Herabsetzung der Hölle beruhen, nicht aber, wenn sie zu ihrer Steigerung führen.

Kann das eine Land für sich zum Freihandel übergehen, wenn die anderen schutzhöllehaft sind? Schippel verweist auf das Beispiel Englands, in dem sich jetzt schutzhöllehaftige Tendenzen geltend machen. Er deutet aber die handelspolitische Entwicklung Englands höchst einseitig.

Der Übergang zum Freihandel war in England anerkanntermaßen durch Jahrzehnte von einem ganz außerordentlichen Aufblühen der Industrie begleitet. Aber der englische Kapitalismus hat sich selbst, woraus wir schon wissen haben, im Auslande eine steigende Konkurrenz geschaffen. Mit der Entwicklung der Industrie in den einzelnen Ländern stieg auch die politische Macht des „nationalen“ Kapitals, das nicht verfehlt hat, sich durch Schutzhölle Extraprofite zu sichern. So sah sich England auf einmal von Schutzhölle umgeben, in den fremden Staaten und selbst in seinen eigenen Kolonien. Es hat aber noch immer Nutzen gezogen von seinem Freihandel: nur auf diese Weise gelang es ihm, den größten Teil des Handelsverkehrs auch der fremden Staaten mit den Kolonien in seinen Händen zu konzentrieren. Aber mit der Erstarkung der anderen Industriekontinente gingen sie immer mehr zu einem selbständigen Verkehr mit den Kolonialländern über und entwickelten eine eigene Handelsflotte. Jetzt sieht sich Englands Handel in den Kolonien ernstlich bedroht. Das ist zwar die gesetzmäßige Folge der Weltmarktentwicklung, aber von dem nationalen Gesichtspunkte des englischen Kapitals ist es nur unliebsame Konkurrenz, wie ja überhaupt dem Kapital die Gesetze seiner eigenen Entwicklung als feindliche Macht gegenüberstehen. Nunmehr erst entstand der Gedanke, sich mit den Kolonien zu einem allgemeinen Zollbund zu vereinigen, um das Ausland vom Handelsverkehr möglichst abzuhalten. Schutzoll und Zollerlöse sind in England innig verbunden. Die englischen Schutzollbestrebungen sind die konsequente Verwirklichung des englischen Kapitals, sich gegen die Gesetze des Weltmarktes zu wehren, die Entwicklung des Weltverkehrs zurückzuhalten, mit politischer Gewalt sich die Handelsvorberrschafft zu sichern, die ihm durch die ökonomische Entwicklung entzogen wird. Es ist eine nationale Politik, die unbedingt scheitern muß.

Wenn Deutschland jetzt zum Freihandel übergeht, so wird die Folge ein allgemeiner industrieller Aufschwung sein, wenn auch einige Kleinabrikkationen darunter Schaden leiden mögen. Praktisch handelt es sich aber vorläufig gar nicht um Freihandel oder Schutzoll, sondern um Zollherabsetzungen oder Zollhöchungen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß durch die Hochschutzoll des neuen deutschen Zolltarifs die Handelsvertragsverhandlungen eminent erschwert worden sind. Auf Zollherabsetzungen antworten die anderen Staaten mit Zollhöchungen, und wenn dann Handelsverträge zu Stande kommen, so geschieht es durch eine Art Ausgleich der gegenseitigen Schwabungen und Nachteile. Sämtliche Handelsverträge waren, wie 1892, nur auf Grundlage der Herabsetzung der Getreidezölle zu erreichen.

Was sollen wir mit dem Schlagwort „wer Handelsverträge will, muß Hölle wollen“? Erstens, wollen wir keineswegs Handelsverträge um jeden Preis. Die Handelsverträge, die auf Grund des neuen deutschen Zolltarifs geschlossen werden, werden wir vielmehr mit aller Entschiedenheit bekämpfen müssen. Zweitens, gilt es bei der gegenwärtigen handelspolitischen Situation umgekehrt: wer Handelsverträge will, muß Zollherabsetzungen wollen.

Wir begreifen die Regierung, die Kampfzölle fordert, um besser unterhandeln zu können. Für sie ist der Abschluß der Handelsverträge eine Frage der staatsmännischen Kunst, viel der es sich darum handelt, den Gegner zu überbieten, — für uns ist es eine Frage der gemeinsamen Interessen der einzelnen Länder an der Verkehrs- und Produktionsentwicklung. Aber diese gemeinsamen Interessen sind nur von einem allgemeinen Gesichtspunkte aus zu erkennen, welcher

außerhalb der sich widersprechenden Interessen der kapitalistischen Konkurrenzlämpfe liegt.

Nehmen wir z. B. den Handelsverkehr zwischen Europa und Amerika. Er hat Europa die amerikanische Getreidekonkurrenz gebracht. In den Augen Schippels ist das ein ungeheures Uebel, in Wirklichkeit diene der Verkehr mit Amerika und auch speziell der Getreideverkehr in mannigfacher Weise der Entwicklung der europäischen Produktion. Die amerikanische Getreideausfuhr zog eine europäische Waren- ausfuhr nach sich, sie entwickelte die Handelsfähigkeit und erweiterte dadurch den Handelsverkehr nicht nur mit den Vereinigten Staaten, sondern auch mit Südamerika und überhaupt den Weltverkehr. Für Deutschland zumal bildete der Verkehr mit Amerika die Grundlage seines Welthandels — ohne diesen hätte Deutschland bis auf den heutigen Tag keinen überseeischen Handel. Speziell der Preisdruck auf dem Getreidemarkt kam unbedingt der europäischen Bevölkerung zugute. Man stelle sich nur vor, wie die Getreidepreise gestiegen wären, wenn die Preisentwicklung weiter so ginge, wie bis in die 70er Jahre. Wenn nicht der Steigerung der Grundrente durch die amerikanische Konkurrenz Einhalt getan worden wäre, so wäre die gesamte Bevölkerung Europas von den Agrariern ausgezehrt und die gesamte Industrie wäre ihnen tributär — die Aufrechterhaltung der kapitalistischen Produktionsweise vorausgesetzt.

Für Schippel existieren die Zusammenhänge des Weltmarktes überhaupt nicht. Er kennt nur noch das aquarische Schlagwort von der Bedeutung des flachen Landes als Abfallquelle der Industrie. Er sucht uns klarzumachen, daß für die deutsche Industrie die Interessen des Welthandels zurücktreten gegenüber dem Abfall, den sie auf den Gütehöfen und in den Dörfern findet, deshalb, meint er, sei sie für die Getreidezölle. Als nein, die Sache steht doch etwas anders. Wir haben schon früher gezeigt, aus welchem Interessenswirrwarr das deutsche Schutzollsystem entspringt. Speziell die Getreidezölle haben die gesamte städtische Bevölkerung, nicht nur die Arbeiter, sondern auch die Bourgeoisie gegen sich. Das hat die Massenbewegung gegen den Zolltarif, die Proteste der Großstädte etc. gezeigt. Die eigentlichen Kapitalisten, die Fabrikbesitzer, verhalten sich zu den Getreidezöllen passiv. Wenn sie sicher wären, daß es ihnen bei einer Verbilligung des Brotes gelingen könnte, die Arbeitslöhne zu vermindern, so würden sie sich ganz anders verhalten. Aber bei der gegenwärtigen Entwicklung ihrer Arbeiterorganisationen wäre das ein sehr gewagtes Experiment. Darum vermögen die Industriellen für sich kein direktes Interesse an der Abschaffung der Brotzölle zu entdecken, und bleiben indifferent, oder sie stimmen dafür, um selbst Hölle zu erlangen. Das ist alles.

Schippel gerät in seine handelspolitischen Irrungen, weil er den Gesichtspunkt des proletarischen Klassenkampfes verliert, um sich auf den Boden der Interessen der kapitalistischen Produktionsentwicklung zu begeben. Diese besteht aber aus lauter Interessengegenständen und Konflikten — darum sah sich Schippel veranlaßt, seinen Gesichtspunkt weiter einzuschärfen, und er akzeptierte den Standpunkt des nationalen Kapitals, das heißt der Interessen des Kapitals in den Schranken des einzelnen Staates. Doch auch hier wird er von den Widersprüchen der Konkurrenz verfolgt, und er schließt damit, daß er die Interessen einzelner industrieller Kolonien zum Interesse der nationalen Industrie, das Interesse der Großgrundbesitzer zum Interesse der nationalen Landwirtschaft erhebt. So gerät er vollends in das Fahrwasser der Handelspolitik, wie sie von der kapitalistischen deutschen Reichsregierung betrieben wird, mit dem Unterschied, daß diese wenigstens ihr eigenes, sehr klares Ziel verfolgt, nämlich die Stärkung des Status und dadurch des Militarismus, währenddessen Schippel in den schroffen Widerspruch gelangt zu dem Ziel, das er, solange er in unserer Partei ist, zu verfolgen hat.

Doch kehren wir wieder zu den allgemeinen Gesichtspunkten zurück. Kann man es als Aufgabe des Proletariats hinstellen, die Produktionsentwicklung auch innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft zu fördern? So allgemein können wir diesen Satz keineswegs akzeptieren. Bei den Schutzöllen mag es noch hingehen, weil wir hier eine Politik zu bekämpfen haben, die selbst von kapitalistischen Gesichtspunkten aus reaktionär ist. Aber es gibt eine Politik, die wohl im Interesse der kapitalistischen Produktionsentwicklung ist, die wir aber dennoch bekämpfen müssen. Dahin gehört vor allem die Kolonialpolitik. Diese ist ein notwendiges Ergebnis der kapitalistischen Überproduktion. Akzeptiert man aber die Kolonialpolitik, so muß man auch die Flottenpolitik und den Militarismus akzeptieren. Schippel ist nahe daran, diese Schlussfolgerung zu ziehen. Er wendet sich gegen einen Artikel von mir, den ich vor mehr als einem halben Duzend Jahre anlässlich der Reichstagen Flottenvorlage geschrieben habe. Ich polemisierte dann gegen die Behauptung, daß man die Kriegsstärke zum Schutze d. deutschen Getreidezufuhr brauche, und führte, sowie ich mich erinnere, aus, daß der beste Schutz des Handels die Entwicklung der Handelsbeziehungen sei, die ein steigendes Interesse aller Staaten an der Aufrechterhaltung des Handels-

verkehrs schaffen, und fügte hinzu, daß das Interesse der Amerikaner an dem Getreidehandel mit Deutschland sie veranlassen würde, diesen Handel selbst durch Kriegsschiffe zu schützen. Wie erinnerlich, stellte damals die offiziöse Presse die Dinge so dar, als wenn Deutschland eine Kriegsstärke brauchte, um allein den Kampf gegen die ganze Welt aufnehmen zu können. Demgegenüber war der Hinweis auf die Gemeinsamkeit der Interessen mit Amerika, die durch den Getreideverkehr geschaffen wird, durchaus am Platze. Ich gebe aber gern zu, daß das Argument einseitig zugespitzt und falsch war — nicht aber, weil man nicht auf den amerikanischen Schutz rechnen dürfe, sondern weil noch die Sozialdemokratie in Amerika ebenso die Kriegsstärke zu bekämpfen hat wie in Deutschland. Wie aber denkt sich Schippel das Verhältnis, der darüber spottet, daß man den Schutz des deutschen Handels anderen überlassen wolle? Soll Deutschland Kriegsschiffe bauen? Ihm, der den deutschen Handel durch Hölle schützen will, der dadurch eine nationale Isolierung schafft, bleibt tatsächlich nichts übrig, als zum Schutze des Handels auch noch die Kriegsschiffe zu bewilligen. Wir stehen auf dem Boden des Welthandels, wir wollen die größte Entwicklung der internationalen Handelsbeziehungen und sehen darin die beste Gewähr auch gegen Handelsstörungen durch Kriege. Der Handel schützt sich selbst.

Grundsätzlich ist die Aufgabe des Proletariats nicht, die kapitalistische Produktionsentwicklung zu fördern, sondern vielmehr sie möglichst schnell ein Ende zu setzen. Es ergibt sich daraus keineswegs, daß wir die kapitalistische Entwicklung fördern und hemmen müssen, denn die Beschleunigung der kapitalistischen Produktionsentwicklung beschleunigt auch ihr Ende, wohl aber daß wir uns in der Wirtschaftspolitik, wie in der allgemeinen Politik, nicht vom Kapital ins Schlepptau nehmen lassen dürfen, sondern unsere eigenen Ziele verfolgen müssen.

Das Proletariat hat auch innerlich als der kapitalistischen Gesellschaft seine eigene Wirtschaftspolitik. Ihre ersten Grundzüge sind:

Höherer Arbeitslohn, billige Lebensmittel, geringe Arbeitszeit.

Ob es sich um Hölle oder Kolonien, um den Auslands- oder Inlandmarkt handelt, die erste Antwort der Arbeiter ist: laßt uns unsere Lage verbessern, und ihr habt eine Erweiterung des Warenmarktes, wie ihr sie sonst nicht erreichen könnt.

Das ist das erste. Darüber hinaus kann das Proletariat nur das unterstützen, was geeignet ist, die Produktionskräfte zu steigern, und die Produktion auf eine breitere gesellschaftliche Basis zu bringen. Darum vor allem die Entwicklung des Verkehrs, des internationalen wie des nationalen.

Und indem das Proletariat dies tut, arbeitet es zugleich auf die Befreiung der politischen Schranken hin, die seiner internationalen Vereinigung als Klasse im Wege stehen.

Die schutzhöllehaften Bestrebungen der entwickelten Industrie sind ein Zeichen des kapitalistischen Niedergangs. Die kapitalistischen Produktionskräfte sind weit über das Maß des kapitalistischen Marktes gewachsen. Darum sucht jeder kapitalistische Staat, mit Hilfe der politischen Gewalt, sich einen möglichst großen Anteil am Weltmarkt zu sichern. Schutzhölle, Kolonien, Imperialismus — das gehört alles zusammen. Ein allgemeiner Kampf um den Weltmarkt entbehrt, begleitet von blutigen Kriegen.

Diese Periode des kapitalistischen Niedergangs ist die Periode des Aufschwungs des Proletariats. Eine selbständige Arbeiterpolitik wird notwendig selbst im Interesse der kapitalistischen Produktionsentwicklung. Dieser Aufgabe wird die deutsche Sozialdemokratie gerecht, indem sie mit aller Entschiedenheit die schutzhöllehafte Politik der Regierung bekämpft.

England und Japan.

Wie aus Petersburg gemeldet wird, hat der Bar von Kurapatkin ein Telegramm erhalten, worin dieser die militärische Lage auseinandersetzt und auch über die politische Lage Aufschlüsse gibt. Der Wortlaut des Telegramms wird streng geheim gehalten. Dann wird wohl nicht viel Gutes darinsitzen. Nach einer Drahtung aus Tokio, die durch ein Telegramm Okumas bestätigt wird, halten die Russen die Linie Simiting, Wafden, Tieling in Absehung befestigt. Eine russische Abteilung ist jüdisch vom Sunflusse in Sicht und wechselt mit den Spaniern hin und wieder Schuß. Es verlautet, daß die Russen Befestigungen aufwerfen und zwar westlich vom Liaofluh. Ferner besetzen die Russen Tieling, wo ständig Verstärkungen eintreffen. Man glaubt, daß demnächst ein heftiger Kampf dort stattfinden wird. — Der japanische General Nodzu berichtet, daß der heftigste Kampf, an welchem seine Armee bei Liaofluh beteiligt war, am 3. d. M. stattfand. Das 20. japanische Regiment, welches zuvor zwei Regimentsführer und vier

Bataillonsführer hintereinander verloren hatte, machte einen fast hoffnungslosen Sturm auf die russischen Stellungen bei Yusfangmiao, und es gelang ihm, den Feind aus seinen Ver- schützungen zu vertreiben. Die Soldaten beachtetten weder Drahtgitter, noch andere Hindernisse, als sie unter Ban- schüssen die russischen Befestigungswerke erstürmten. Ein Bataillon verlor seine sämtlichen Offi- ziere, und ein Gefreiter übernahm das Kom- mando. Eine Kompanie war bis auf 14 bis 15 Mann zusammengeschmolzen. Die Verluste eines Regiments be- trugen 1200 bis 1300 Mann. Trotz der Ermüdung der Truppen wurde die Verfolgung der Russen am 4. d. M. bei Sonnenanfang fortgesetzt. Der Mangel an Brücken jedoch zwang schließlich die Japaner, jüchlich des Taktverlustes zu bleiben.

Vor Port Arthur deutet manches darauf hin, daß die Japaner es mit einem neuen Sturm versuchen wollen. Nicht nur ist die Blockade derart verstärkt worden, daß ein Entkommen russischer Schiffe kaum noch möglich ist, sondern auch zu Lande wird mit außerordentlicher Anstrengung ge- arbeitet, um den Sturm vorzubereiten. Allerdings sind sich die Japaner klar darüber, daß, obgleich die Garnison nur noch 10 000 Mann betragen soll, erst noch eine längere Ein- schließung nötig ist, ehe die Kräfte so ermattet sind, daß der Sturm ein Gelingen verspricht. 30 000 chinesische Kulis sind zwischen Dalny und Port Arthur mit dem Aufwerfen von Schanzgräben beschäftigt. — Nach langer Pause liegt auch wieder einmal ein Bericht des Generals Sibbell an den Baron vor. Danach machten die Japaner in der Nacht zum 27. August um 3 Uhr früh während eines sehr heftigen Gewitterregens von neuem den Versuch, die russischen Stellungen auf den linken Flügel, sowie das Fort und die Positionen auf den Ujantjshanbergen anzugreifen. Der Angriff wurde jedoch, nach Sibbells Angabe, auf allen Punkten zurück- geschlagen. Die russischen Verluste waren angeblich nur unbedeutend; 3 Mann wurden getötet, 2 Offiziere und 98 Mann verwundet. Die Verwundeten wurden alle gebergt und genossen sorgfältige Pflege. Die Leichen der Japaner wurden von den Russen fortgeschafft, die Japaner hinderten sie aber daran und feuerten die unter der Flagge des roten Kreuzes ausgesandten Sanitätskolonnen. Wie Gene- ral Sibbell dem Baron unter dem zweiten September noch ferner meldet, griffen die Japaner in der Nacht zum 2. September den hohen und den langen Berg, sowie die benachbarten Befestigungen an. Gleichzeitig beschoß die feindliche Artillerie sowohl diese Berge, wie die genannten Befestigungen. Die vorherigen feindlichen Schützenketten wurden durch Späher rechtzeitig bemerkt, und auf die Schützen- ketten, wie auf die Batterien des Gegners das Feuer einwirkte. Eine der Schützenketten folgerde feindliche Kolonne geriet auf selbsttätige Platierminen; viele flohen in die Luft. Nach einer Stunde war der An- griff der Japaner abgesehen. Auf russischer Seite wurden ein Offizier und 7 Mann verwundet.

Sehr verspätet laufen Nachrichten über ein Vorkommnis ein, von dem bisher nichts bekannt geworden ist, obgleich es sich schon Ende Juli abgespielt hat und die Vorbereitungen dazu bis in den Mai hinaufreichen. Dem „Sol. Ang.“ geht aus Petropawlowa (Kamtschatka), den 13. Septbr., folgende Meldung zu: Seit dem 23. Mai erschienen an den Küstengebüden Kamtschatkas japanische Schoner. Mitte Juni erschien in Sawiro der japanische Leutnant Sumbusi mit 150 Marineinfanteristen, Gewehren und Geschützen. Die Japaner plünderten die Ortschaften, vertrieben die Bewohner und verbreiteten eine Proklamation, worin ihnen befohlen wurde, die Oberhoheit Japans anzuerkennen. Sie hielten auf dem Dache der Kapelle in Sawiro die japanische Flagge und hielten dort Posten auf mit einem Aufschlag, in dem erklärt wurde, daß dieses Territorium nunmehr Japan gehöre; wer das nicht anerkenne, werde getötet. Daraufhin wurde aus Petropawlowa ein dort zufällig sich aufhaltendes Segelschiff unter dem Kommando des Kapitänmanns Spas mit 100 Mann Mann abgejagt, und aus Sawiro ging eine 100 Mann starke Abteilung unter dem Befehl eines Unteroffiziers zu Lande ab. Am 26. Juli vereinigten sich beide Abteilun- gen nördlich Sawiros, schlugen die Japaner und nahmen den Anführer gefangen. Die Schiffe verloren einen Toten und 4 Verwundete. Die Flagge und der Aufschlag wurden entnommen. Die russischen Abteilungen verbrannten 5 japanische Schoner und lösteten im ganzen 70 Japaner.

Das Postamt in Petropawlowa hat be- schlossen, den englischen Dampfer „Tascha“, und zwei andere Fracht- und Passagierschiffe, 3000 Ton- nen und 88 Ballen Baumwolle und bekannte Waaren, welche bisher nach Japan bestimmt waren, in Beschlag zu nehmen.

Die japanische Regierung hat nach Meldungen aus Tokio Gesandten nach Petersburg geschickt, um die russischen Kriegsgefangenen freizulassen. Es sind jetzt bereits 5000 vorhanden, die freigegeben werden sollen, auf ein Jahr befristet, 500 000 Rubel, etwa eine Million Mark Kosten verursachen.

Die Schaffung einer japanischen frei- willigen Flotte mit Hilfe einer spanischen Subscrip- tion ist jetzt endgültig beschlossen. Es werden Dampfer in Japan erbaut und, wenn nötig, auch bereits vorhandene Schiffe angekauft werden.

Der britische Dampfer „Derwin“ wurde im Mittelmeer von einem russischen Kreuzer angehalten und beschlagnahmt.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die Verstaatlichung der gesamten Berg- und Hüttenwerke im westlichen Deutschland fordert — o Wunder über Wunder! — die „Deutsche Tageszeitung“. Das führende Blatt des Bundes der Sozialisten wendet sich in einem sehr energiegeladen Artikel gegen die fortschreitende Verstaatlichung der Bergwerke, Kohlenwerke und Eisenwerke zu Gunsten der Arbeiter. Die Verstaatlichung dieser Werke, die auf diese Weise erzielbar, würden den arbeitenden Klassen zu bedeutendem Nutzen sein. Am zweckmäßigsten wäre die Verstaatlichung der rheinisch-westfälischen Kohlenindustrie. — Was ist denn das? Können wir uns auf halbem Wege stehen lassen? Wenn die „Deutsche Tageszeitung“

einmal A sagt, so sollte sie auch B sagen und mit uns gemeinsam die Verstaatlichung des gesamten kapitalistischen Privateigentums — an Grund und Boden, Erben und Bergwerke, Maschinen, Werkzeuge, Maschinen, Verkehrsmittel — in gesellschaftliches Eigentum fordern! Vielleicht schwingt sich Herr Dr. Dertel auch dazu noch auf!

Es hapert mit den Handelsverträgen. Von unterrichteter Seite erfährt die „Nationalzeitung“, daß die Handelsvertragsverhandlungen mit der Schweiz und Rumänien, „ohne hoffnungslos zu sein, gewissen Schwierigkeiten be- gegnen“. Das klingt sehr wenig hoffnungsvoll!

Der Dank des Vaterlandes. Wenn sich satte Hurra- patriotien bei vaterländischen Festen und Siegesfeiern durch erquiste Weine und opulente Schüsseln in einen an Wohl- sinn grenzenden Zustand hineinfertigen haben, dann wird auch der Kriegsveterane gedacht, die durch ihr Blut das „deutsche Vaterland“ zusammengehalten und es zu seiner angebli- chen jetzigen Größe emporgeführt haben. Wie aber das „dank- bare Vaterland“ seine Kriegsveteranen lohnt, die in den Kriegen ihre Gesundheit ruiniert haben oder zum Krüppel geworden sind, das geht neuerdings wieder aus einem Bitt- gesuch hervor, das der Redaktion der „Fürther Bürgerzeitung“ zugegangen ist. Der Schreiber ist ein 64-jähriger Militär- invalide und hat die drei letzten Kriege mitgemacht. Er schreibt u. a.: „Wie Jänen von früher noch bekannt sein wird, lebe ich in der denkbar größten Not und Entbehrung, zur Schande des Deutschen Reichs, das ich in drei Kriegen aufbauen half. Bisher ging es noch einigermaßen, wenn auch arg knapp, da mein Kleider- und Wäschevorrat aus einstufigen besseren Zeiten bis jetzt angehalten hat. Jetzt bin ich aber mit Bekleidung, Wäsche, Schuhzeug usw. herunter bis auf den Hund, so daß ich mich unmöglich auf der Straße sehen lassen kann. Nach Abzug für Vogls, zweimal Kaffee, Wäsche usw. verbleiben mir für den ganzen langen Monat nur 11,25 Mk. und hieron kann ich mir unmöglich die not- wendigen Ergänzungsstücke beschaffen. 33 Jahre habe ich den verächtlichen Armen spielen müssen, jetzt zwingt mich die eiserne Notwendigkeit als einstiger Militärbeamter durch ein Interat mein Land der Öffentlichkeit preiszugeben, voraus- gesetzt, daß Sie die Güte haben, mir diese Gunst zu er- weisen. . . . Meinem Innern widerstrebt zwar der letzte traurige Schritt, ich weiß aber keinen andern Ausweg, wenn ich nicht verhungern oder mich erschießen will. Ich wollte diesen Schritt dadurch umgehen, daß ich mich um eine ein- malige Unterstützung an die Kronprinzenstiftung in Berlin, speziell für 1864er Veteranen, an die Kaiser Wilhelm-Stiftung in Berlin, speziell für 1866er Veteranen, an die Kaiser Wil- helm I. Stiftung in Berlin, speziell für 1870/71er Veteranen, an die Kaiser Wilhelm II. Stiftung in Berlin für alle Veteranen, an die Prinz Luitpold-Stiftung in München, an den Roffhäuserbund in Berlin, an das Kaiserliche Schahamt in Berlin wandte; überall wurde ich jedoch wegen fehlender Mittel abgewiesen. . . . Seit zehn Tagen habe ich meine Winterjacken wieder begonnen, d. h. ich muß wieder bis zum nächsten Frühjahr an chronischer Gicht unter schrecklichen Schmerzen im Bett liegen. . . . Etwa eingehende Beträge auf mein Bittinterat bit ich mir daher zu übersenden.“ Die Redaktion der „Fürther Bürgerzeitung“ hat persönlich Recherchen gepflogen, wobei sie alle oben wiedergegebenen Angaben bestätigt fand und den Bittsteller in einer un- schreiblich hülflosen und elenden Lage antraf. Seiner Bitte wurde entsprochen. Das Gefühl der Vaterlandsliebe und Königstreue“ muß durch die Tatsache, daß man die „Helden unserer glorreichen Kriege“ im Stand verkommen läßt, natürlich ungeheuer gereizt werden.

Ein internationaler Genossenschaftskongress fand in den letzten Tagen in Budapest statt. Es hatte sich eine recht gemischte Gesellschaft zusammengefunden. Die Re- gierungen von Österreich und Ungarn waren vertreten, Gra- fen, Barone und Professoren aus allen Weltteilen nahmen teil und in ihren Reden spielten Harmonie, Verschönerung, Friede, Emporhebung des wirtschaftlich Schwachen und viele andere solche Dinge eine große Rolle. Dem Agrarierstand und der Mittelstandskritik wurde aber ebenso das Wort ge- rührt. Von Deutschland war Herr Dr. Krüger, der frei- wilige Durchfallskandidat von Schanenburg-Sippe, anwesend, der keine verbürgende Unkenntnis über die Grundprinzipien des Genossenschaftswesens von neuem nachwies. Herr Dr. Krüger sprach gegen die planmäßige Organisation des Kon- sumens. Die Genossenschaften sollten sich dafür hüten, der Profitmacherei systematisch entgegenzuwirken, „auf dem Boden der heutigen Gesellschaftsordnung“ müßten die Konsumver- eine stehen, der Mittelstand müsse erhalten bleiben. Das ist ja ziemlich das Gegenteil dessen, was eine ernsthafte Ge- nossenschaftsbewegung sich zum Ziel zu setzen hat. Von dem Salzburger haben sich günstig ab die Reden, welche von den zahlreich vertretenen Arbeitern, die sich in jahrelangem Mühen große Kenntnisse und Erfahrungen im Genossen- schaftswesen gesammelt hatten. So erklärte der Referent Herr Dr. Hans Müller aus Basel unter großem Beifall des Kongresses, die Genossenschaftsbewegung muß antikapitalistisch sein, soll sie ihren Zweck erfüllen. Ihre Grundlage muß die Solidarität sein, sie darf deshalb keine Rücksicht nehmen auf die Sonderinteressen der im heutigen Staate bevorrechteten Klasse. Die Konsumvereine müssen planmäßig den Konsum organisieren und, gestützt auf den organisierten Ab- schlag, zur Eigenproduktion übergehen, um hiermit mitzuwirken zur Befreiung der Menschheit vom Druck des Kapitalismus. Die Resolution des Referenten wurde hierauf mit großer Mehr- heit angenommen.

Ein antimilitärisches Universalgenie. Der anti- militärische Abg. Raab ist zweifellos ein agitatorisches Universalgenie. In der Einladung zu einer Versammlung gegen die Warenhäuser, die am Donnerstag in Kassel statt- fand, wird behauptet, Herr Raab sei selbst kleiner Ge- schäftsmann. Auf dem Felder Handwerkerkongress trat der Abg. Raab als Handwerker auf. Bei dem Ver- ständnis seiner Kandidatur für Schmalzladen-Schwäger- stunde hat ihn nahegehende Ständerische Welt“ ihn seinerzeit als „antimilitärischen Arbeiter“. Während der Reichsbewegung ließ er sich damals auch als Bauern- freund feiern und groß die Unterstützung des Bundes der Landwirte. In Hamburg, wo er zu gleicher Zeit zur Bürgerkongress teilnahm, ließ er dagegen erklären, daß er die für höhere Ränge im Reichstag gesprochen habe. Man wird zweifeln müssen, daß eine solche Vielseitigkeit nicht leicht zu erlangen ist.

Gegen die Zensurpolitik wandte sich die 13. Haupt- versammlung des Bundes der deutschen Gewerbe-

vereine, die Montag in Straßburg zusammentrat, einer Resolution, die unter anderem besagt: „Die Rechte des Verbandes deutscher Gewerbevereine entschieb- licher Widerspruch gegen die auf Einführung der all- gemeinen obligatorischen Beschäftigung nachweise für das Handwerk gerichtete Bestrebungen. Sie erblicken in der fortgesetzten Behan- lung dieser Frage eine Störung der friedlichen Entwic- lung der Organisation des Handwerkes, wie sie in der Gewerbeordnungsnovelle vom 26. Juli 1897 beabsichtigt wur- den und erwarten von der Reichsregierung, daß sie solchen wie- dholten Störungsversuchen keine Folge geben werde.“ — Einen kleinen Rückfall in die Politik der Herren vom Boy- erleben aber die Gewerbevereine wieder, indem sie im zweiten Teil der Resolution ansprachen: „Die Versammlung empfiehlt jedoch, daß die im § 129 der Gewerbeordnung an- geführten Rechte nur denjenigen vorbehalten werden sollen, die den Meisterstitel führen und daß bei Vergabung der öffentlichen Arbeiten bei Gleichwertigkeit der Leistungen die Arbeiten der geprüften Meister vor denjenigen der ungeprüften den Vorrang haben sollen.“

Carries Briefe. Leutnant Heimann (ein andere Meldung nennt ihn Gemmann) vom Infanterie- Regiment Nr. 32 in Meiningen wurde vom Kriegsgericht der 22. Division, welches des Wanders wegen zu einer außerordentlichen Tagung am 7. d. Mts. in Neustadt a. der Rain-Weferbahn zusammengetreten war, wegen seiner bekannten Romane „Carries Briefe an eine Freundin“ der Verleumdung vorgeladener schuldig befunden und dem „Hann. Cour.“ zufolge, zu einer Gefängnisstrafe von 6 Monaten verurteilt. Der Verurteilte, der bereits Berufung eingelegt hat, wurde sofort nach der Verhandlung in Arrest abgeführt. Die Verhandlung sowie die Urteils- verurteilung fanden unter strengstem Ausschluß der Öffentlichkeit statt.

Bergarbeiterstreik. Aus Kattowitz (Oberschlesien) wird gemeldet: Auf den dicht an der österreichischen Grenze gelegenen Guttmanischen Kohlengruben in Jaworzno ist ein Streik ausgebrochen. 600 Arbeiter haben die Arbeit niedergelegt.

Neue Hereroopfer. Eine amtliche Meldung besagt: Unteroffizier Martini, geb. am 30. Mai 1876 in Gernersdorf, Kreis Guben, früher im Regiment Nr. 122, ist im Lazarett zu Oshandja am Typhus gestorben. Reiter Rudolf Löwe, geb. am 12. Januar 1880 in Franzensdorf bei Reichenberg, früher im Ulanen-Regiment Nr. 17, ist am 12. September im Lazarett zu Oshandja am Typhus gestorben. Außer dem Leutnant Baron Stempel und dem Sergeanten Stolle ist am 30. August gegen Morenga westlich vom Schanzenberg gefallen: Ge- freiter Otto Arndt aus Heiligenbeil, früher im Dragoner-Regiment Nr. 11. Verwundet: Gefreiter Gruendlinger, früher im Regiment Nr. 42, und Reiter Stephan Goezkowski aus Rals, früher im Regiment Nr. 135.

Unsere teuren Kolonien. Die „Eriertische Landes- zeitung“ veröffentlicht den Brief eines Sergeanten vom Stabe des Majors v. Glasenapp, datiert vom 2. August aus Wind- hut. In dem Brief heißt es unter anderem: „... So ist zum Beispiel in Sobabis (Osten) wiederum eine Typhus- epidemie ausgebrochen. Auch die nördlichen Abteilungen der Schutztruppe sollen viel unter dieser Krankheit zu leiden haben, desgleichen sollen die Hereros durch Siedtum viele Leute verlieren. Unser Marine-Expeditionskorps, das mit rund 670 wehrfähigen Köpfen ausreichte, ist zur Zeit auf 300 selbsttätigfähige Leute durch Krankheit, Tod und Ver- wundungen herabgemindert. . . . Gefallen sind von uns bei Dwikoloro 1 Offizier, 1 Mann, Dsharui 33 Mann, fünf davon sind ihrer Verwundung erlegen. Im Norden kommen noch einige Leute hinzu. Mehr noch sind aber dem Wüsterich Typhus zu Opfer gefallen, sodaß wir ungefähr 80—100 Tote aufzuweisen haben. . . .“ Und das alles um eine elende Sandwüste!

Kleine politische Nachrichten. Der deutsche Juristentag in Innsbruck wurde Dienstag geschlossen, nachdem sämtliche zur Beratung stehenden Fragen erledigt und die Urträge über die Kartellfrage vom Plenum fast einstimmig angenommen waren. — Im Koburg-gothaischen Landtag wurde zum Präsidenten der Abg. Lieberten wieder- und anstelle unseres Genossen Bod der Abg. Arnold-Rohrig zum Vize-Präsi- denten gewählt. — Aus Furcht vor Strafe — er sollte sich in den nächsten Tagen vor dem Kriegsgericht verantworten — hat sich, wie aus Gr. Strehli gemeldet wird, in Dollen der Feldbatterist Heinze er- hängt. — Die im Selbstverlage des Verfassers erschienene Broschüre „Kaplan Dasha und die Freun- desliebe“ von Adolf Brand, ist von der Berliner Staatsanwaltschaft mit Beschlag belegt worden. — Aus Uruguay wird gemeldet, daß die Leitung der National- partei eine Erklärung erlassen hat, wonach sie ungeachtet des Todes Saravias, des Führers der Aufständischen, den Kampf kräftig fortführen werde.

Italien.

Streikende Metallarbeiter in Gardone am Gardasee führten das Gefängnis und befreiten einen ver- hafteten Arbeiter.

Frankreich.

Der Konflikt im Hafen von Marseille ist Mitt- woch früh in einer Konferenz zwischen den Vertretern der Unternehmer und der Arbeiter unter Vorsitz des Präsesen beigelegt worden. Der wichtigste Punkt des Aberein- kommens ist nach der „Frankf. Zig.“ die Einsetzung eines Schiedsgerichts, wogegen die Arbeiter auf die Führung roter Listen und auch auf Arbeitslosigkeit bei zukünftigen Konflikten verzichten. Die Unternehmer, welche die Vertreter des Verbandes überhaupt ausmerzen wollten, begnügen sich mit der Bestimmung, daß die Verbände sich jeder Einmischung in die Organisation und der Führung der Arbeiter selbst enthalten. Beide Parteien sichern sich gegen- seitige Billigung des Arbeitsvertrages zu. Die Arbeiter sind für Donnerstag zu einer Versammlung einberufen, die diesen Abmachungen zustimmen soll.

Holland.

Eine große nationale Wahlrechtsdemonstration hat am Sonntag im Haag stattgefunden. Die Zahl der Demonstranten wird auf 10 000 angegeben. Am stärksten war die Sozialdemokratische Arbeiterpartei vertreten; auch die Frauenbewegung war durch eine größere Anzahl Teil- nehmerinnen repräsentiert; ferner der „Arbeiterverband“ und der „Sozialdemokratische Verband“ sowie die zahlreichsten

Gewerkschaften. Der Marinematrosen-Verband, dem die Teilnahme verboten worden war, wollte seine Fahne nach Haag schicken, um wenigstens dadurch im Zuge vertreten zu sein; sie wurde jedoch in selber mit Beschlag belegt. Nun hatte der Verband einen riesigen weißen Tuchstreifen geschickt, auf dem die jüngst vom Marineminister Ellis geäußerten Worte standen: Dem Marinematerial wird nicht ein einziges Band hinsichtlich seiner politisch-geistigen Entwicklung angelegt. Trotz des Verbots nahmen übrigens auch einige Marinematrosen an der Demonstration teil. Die zahlreichen Fahnen, Banner und Standarten, die auf dem Sammelplatz aufgeföhrt und später im Zuge durch die Stadt getragen wurden, waren zum großen Teil mit Inschriften versehen, die auf das allgemeine Wahlrecht Bezug hatten.

Lübeck und Nachbargebiete.

Donnerstag, den 15. September 1904.

In der Redaktion des „Lübecker Volksboten“ tritt am 1. Oktober ein Wechsel ein. Genosse Otto Friedrich, der seit der Gründung des „Volksboten“ der Redaktion angehört, verläßt Lübeck, um die Redaktion unseres ältesten Parteiorgans, des „Braunschweiger Volksfreund“, zu übernehmen. An seine Stelle tritt Genosse Joh. Stelling, der bisher den lokalen Teil verantwortlich zeichnete, während dessen bisheriger Posten in den nächsten Tagen neubesetzt werden wird.

Das Durchschnittseinkommen und Kinderleben im umgekehrten Verhältnis zu einander stehen, ist eine altbekannte Tatsache. Der kürzlich erschienene Bericht des Hamburger Medizinalrats liefert wieder einen ekklatanten Beweis dafür. Das größte Einkommen per Kopf finden wir in den Stadtteilen Rotherbaum-Harvestehude und zugleich die niedrigste Geburtenziffer. Auf tausend Einwohner kamen hier jährlich 15,2 resp. 17,1 Geburten, während das Einkommen per Kopf nicht weniger als 2322 Mark resp. 3099 Mark betrug. In dem Arbeiterviertel Billwärder Umweg hingegen, wo das Durchschnittseinkommen per Kopf nur ein Zehntel von dem jener vornehmen Stadtteile beträgt, ist die Geburtenziffer doppelt so groß wie dort. Einem Durchschnittseinkommen von 317,59 Mark steht eine Geburtenziffer von 34,2 Geburten auf 1000 Einwohner gegenüber. Hier sind zum Vergleich zwei sozial fast ganz ungemischte Bezirke einander gegenübergestellt; wo ein Stadtteil Straßen mit reichen und mit unbemittelten Bewohnern umschließt, kommt die gefennzeichnete Tendenz natürlich weniger rein zum Ausdruck.

Das neue Serbische Zolltarifgesetz nebst Tarif, welches nach Artikel 24 des Gesetzes, als Grundlage der Verhandlungen für den Abschluß neuer Handelsverträge dienen und dessen Inkrafttreten durch besonderen königlichen Ukas bestimmt werden soll, liegt auf dem Bureau der Handelskammer zur Einsicht aus. Die Interessenten werden gebeten, vom Inhalt dieser Publikation Kenntnis zu nehmen und etwaige Wünsche und Anträge mit künftiger Beschleunigung der Handelskammer mitzuteilen.

Für die Versammlung der Bürgerchaft, die kommenden Montag stattfindet, ist vorläufig folgende Tagesordnung festgesetzt: I. Eröffnung für den Bürgerauschuß. II. Mitteilungen des Senates. III. Anträge des Senates. 1. Landaustausch mit der Armenanstalt zwecks Erwerbung der Anlagen an der Cronsförder Allee für den Staat. 2. Verkauf eines Teiles des Grundstücks Fleischhauerstraße Nr. 91 an die Verwaltungsbehörde für städtische Gemeindefürsorge. 3. Bewilligung von 11 000 Mk. zur baulichen Wenderungen und Reparaturen in der Forsthalle zu Israelsdorf. 4. Verkauf des zur Straßenverbreiterung nicht erforderlichen Teiles des Grundstücks Postenstraße Nr. 15 und Zurücküberlegung der Baufluchtlinie für die Grundstücke Nr. 13 und 15. 5. Abänderung des Bebauungsplanes für die Vorstadt St. Lorenz. 6. Uebnahme der Ausgaben für die Grundstücke Parade Nr. 1 und Komitstraße Nr. 9, sowie für die Projektierung eines Hallen-, Schwimmbades auf diesen Grundstücken auf den Rezerfonsfonds der städtischen Gemeindefürsorge. 7. Ausgleichung der Abrechnung der Oberfchulbehörde für das Rechnungsjahr 1903. 8. Abänderung des Art. 56 Satz 2 des Unterrichtsgesetzes vom 17. Oktober 1885. 9. Erhöhung der zur Erhaltung der von Großheimischen Privat-Hauptschule bewilligten Staatsbeihilfe um 3000 Mk. für das Schuljahr 1904. 10. Aufhebung der Verordnung vom 15. Dezember 1879, das Begeln der nachgebaute Fahrzeuge betreffend.

Krieg im Frieden. Im Kaisermanöver schloß bei dem Kampf in der Nähe von Mühlen-Göhen ein Füsilier des 30. Regiments mit einer Plagratrone einem Füsilier vom Gardekorps ein Auge aus. — Ein trauriges Geschick ereilte einen Kanonier. Am Freitag morgen führte er, einer Meldung aus Rakeburg zufolge, sein Pferd zwecks Reirigung in den Pantauer See. Plötzlich verlor er den Boden unter den Füßen und versank mit einem Schrei in die Tiefe. Während es dem Pferde gelang, sich an das Ufer zu arbeiten, kam der Reiter nicht wieder zum Vorschein. Trotz sofort angestellter Rettungsversuche konnte man den Kanonier erst nach längerer Zeit nur als Leiche herausziehen.

Die Gerichtshofen sind mit dem heutigen Tage zu Ende gegangen. Die Gerichte haben ihre Tätigkeit im alten Umfange wieder aufgenommen.

Aus dem Gerichtssaale. Der 13-jährige Schulknabe H. G., der bei Gelegenheit im Laden eines hiesigen Goldschmiedes eine Brosche im Werte von 130 Mk. entwendet hatte, wurde am Dienstag vom Schöffengericht zu einer Woche Gefängnis verurteilt. — Mit drei Tagen Haft kam der Arbeiter K. aus Wulfsdorf davon, der sich Stroh und Bretter, die seiner Dienstherrschaft gehörten, widerrechtlich angeeignet hatte. — Freigesprochen wurde der Arbeiter B. F., der beschuldigt wurde, im Dezember v. J. in Dänischburg eine Toppe entwendet zu haben. Das gleiche günstige Resultat erzielte der wegen Urkundenfälschung und Lotterie-Bernehmens vorbestrafte Geschäftsfreisende G. A., dem die Anlage zur Last legte, sich in einem hiesigen Manufakturwarengeschäft Waren im Werte von rund 17 Mark erschwindelt zu haben. — Auf schiefer Ebene befindet sich offenbar das 17-jährige Dienstmädchen A. Sch. Als sie in Abscheide in Dienst war, eignete sie sich ein der Tochter des Dienstherrn gehöriges Besenbüschel im Werte von 3 Mk. an, ebenso entwendete sie der Wirtschaftsmamsell einige Schürzen. Auch wurde sie beschuldigt, versucht zu haben, der Mamsell ein Paar Strümpfe zu entwinden. — Der Schneider C. A. hat als Bote dem Schneiderverbande und der Krankenunterstützungskasse insgesamt circa 300 Mk. unterschlagen. A., der f. B. in Hof verhaftet und dann hierher zwecks Aburteilung transportiert wurde, wurde vom Schöffengericht zu 2 Monaten 14 Tagen Gefängnis, unter Anrechnung von 14 Tagen Untersuchungshaft, verurteilt. — Wegen roher Mißhandlung ihrer zehn-jährigen Tochter erkannte das Gericht gegen die Ehefrau S. aus Wisting auf 4 Monate Gefängnis.

Sprechstunden in Vormundschafsfachen werden bis zum 30. September nur Sonnabends von 11—1 Uhr gehalten.

Bau der Kleinbahn Segeberg-Lübeck. Da in Kürze mit der Vornahme der Vorarbeiten für den Bau der Kleinbahn Segeberg-Lübeck begonnen werden soll, werden die Eigentümer und Nutznießer der bei der Bahnanlage in Betracht kommenden Grundstücke seitens des Polizeiamtes darauf hingewiesen, den mit den erforderlichen Vorarbeiten betrauten Beamten der Lübeck-Büchener Eisenbahn-Gesellschaft freien Zutritt zu ihren Grundstücken zu gewähren und ihnen kein Hindernis entgegenzustellen.

Das Konkursverfahren über das Vermögen des Pferdehändlers J. A. G. Krellenberg ist, nachdem der Zwangsvergleich vom 9. Mai 1904 rechtskräftig bestätigt ist, und der Verwalter Abrechnung gelegt hat, wieder aufgehoben worden.

pb. Pferdebstahl. In der Nacht vom 11. bis 12. d. Mts. wurde von einer Koppel bei Rastorf eine 1½-jährige Fuchshute mit schmaler Blende gestohlen.

pb. Die deutsche Flagge gestohlen. Von dem an der Untertrave belegenen Schuppen Nr. 14 wurde in der Nacht vom 11. zum 12. d. Mts. eine die deutschen Farben zeigende Flagge gestohlen.

pb. Festgenommen wurde ein Ladierer von hier, der aus dem Kontor und den Lagerräumen einer hiesigen Fabrik sich Stoffwäsche und Zigarren rechtswidrig angeeignet.

Aus der Arbeiterbewegung der Nachbargebiete. Auf der Papiermühle in Flensburg sind mit den Bauhülfern und Klempnern Differenzen ausgebrochen. — Der Zimmerer Hamann, der als Kassierer des Zimmererverbandes von den ihm anvertrauten Gelde 569,07 Mk. unterschlagen hat, wurde von der Strafkammer in Flensburg zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt. — Einer von der alten Garde aus den 60er Jahren, die in Bremen zuerst den Samen des Sozialismus ausstreuten, der Schneider Adolf Döcher, ist gestorben. D. erreichte das Alter von 67 Jahren.

Kleine Chronik der Nachbargebiete. Von einer Lokomotive überfahren und getötet wurde der Hüßtrangerer Oldmann in Hamburg. Als er auf dem Bahnhof IV beim Rangieren ein Gleis überkreuzen wollte, stolperte er und kam zu Fall. In dem Moment, als er sich aufrichten wollte, fuhr eine Lokomotive heran und trennte ihm beide Beine vom Körper. Der schwerverletzte Oldmann wurde noch lebend ins Krankenhaus gebracht, wo er aber schon bald nach seiner Aufnahme starb. — Wegen eines ganz niederrichtigen Sittensverbrechens sind vier Söhne angelehener Familien in Blankenese in Haft genommen worden. Die vier jungen Herren, die als Einjährige bei der Marine gedient haben, nahmen in voriger Woche ein Boot, lockten ein fünfzehnjähriges Dienstmädchen in dasselbe, angeblich um eine Bootsfahrt mit demselben zu machen, fuhrn auf die Elbe hinaus und sollen dort nacheinander das Mädchen vergewaltigt haben. Es verlaulet sogar, einer der sauberen Würstchen sei geschlechtskrank und habe das Mädchen angesteckt. — Dem Dienstag in Geestmünde eingetroffenen Lloyd-Dampfer „Kaiser Wilhelm II.“ ist im Hafen von New York der Ventildeckel der Dampfleitung herausgeschlagen. Getötet wurde der Maschinist Bleichmidt; ein Deizer wurde schwer, ein anderer leicht verwundet.

Hamburg. Schon wieder pestverdächtige Ratten in einer Segelkammer. Das „D. Fr.“ meldet: Auf dem im Segelkammer liegenden englischen Dampfer „Banana“, Pointer, sind Dienstag in der Ladung tote Ratten vorgefunden, von denen man annimmt, daß sie an der Pest freipt sind. Die Behörde hat sofort Sorge getragen, daß die Entschärfungsarbeiten nicht fortgesetzt werden dürfen. Die toten Tiere sind dem bakteriologischen Institut zur Untersuchung eingeliefert. Der zur Heberei Elber, Dampfster u. Co. gehörige Dampfer „Banana“ traf am 10. September von Westafrika an der Stadt ein.

Altona. Wegen Verurteilung auf Grund der §§ 152 und 153 der Reichsgewerbeordnung hat kürzlich das Schöffengericht in Schwarzenbeck den Zimmerer Th. aus Schwarzenbeck zu 4 Tagen Gefängnis verurteilt. Wegen dieses Urteils hatten der Angeklagte und der Anwalt Berufung eingelegt und Mittwoch fand die neue Verhandlung vor dem hiesigen Landgericht statt. Der Tatbestand ist folgender: Ende Mai fand in Schwarzenbeck Schützenfest statt und auf dem Festplatz hatte auch der Wirt Landau ein Zelt errichtet und brachte boykottiertes Bier zum Verkauf. Der Angeklagte, der mit dem Wirt befreundet war und von diesem gehört haben will, daß er auch boykottiertes Möllner und Stageburger Bier besitze, machte ihm Vorstellungen, daß er das boykottierte Bier zurückstellen und das boykottfreie Bier zum Verkauf bringen möge. Der Wirt ließ sich aber nicht darauf ein, weil er, wie er befandete, kein boykottiertes Bier bekommen hätte, worauf der Angeklagte sagte, wenn er seinem Wunsche nicht entsprechen wolle, so müßten Bettel verteilt werden. Es sind dann auch vor dem Zelt Bettel mit der Aufschrift: „Hier wird boykottiertes Bier verschent“ von dem Angeklagten und anderen verteilt worden. Dadurch, daß der Angeklagte die Bettelverteilung in Aussicht gestellt und diese auch zur Ausführung gebracht hat, soll der Angeklagte sich schuldig gemacht haben. Der Verteidiger des Angeklagten kennzeichnete das schöffengerichtliche Urteil als juristisch unhaltbar. Der § 152 der Reichsgewerbeordnung spreche nur von Verabredungen und Vereinigungen zum Behuf der Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen und der § 153 stelle unter Strafe den Zwang zur Beteiligung an solchen Verabredungen und Vereinigungen durch Drohungen, Erverletzung und Verurteilung. Der Verteidiger beantragte die Freisprechung des Angeklagten. Der Staatsanwalt meinte, man dürfe den § 152 der Reichsgewerbeordnung nicht so eng begrenzen, wie der Verteidiger es mache. Alle Bestrebungen, die auf Hebung der Arbeiterklasse gerichtet seien, kämen in Betracht, und von diesem Gesichtspunkte aus habe der Angeklagte sich schuldig gemacht. Er beantragte eine Gefängnisstrafe von acht Tagen. Nach fast einstündiger Beratung legte das Gericht die Verhandlung aus und gab der Staatsanwaltschaft auf, darüber näheres zu ermitteln, ob es sich bei dem Boykott um Unterstützung eines Streiks zur Erreichung höherer Löhne oder günstigerer Arbeitsbedingungen handelt, wer den Boykott erklärt hat usw.

Lübeck. Mecklenburgische Leibeigenschaft. Der königlich preussische Gesandte am bayrischen Hof, Geheimer Legationsrat von Bourtales, zählt zu seinen Besitzungen das Gut Schwedow in der Gegend von Lübeck. In einem Rechtsstreit mit zweien seiner Arbeiter beantragte und erzielte v. Bourtales den Spruch des zuständigen Amtsgerichts, daß beide innerhalb weniger Tage ihre Wohnungen auf dem Gute zu räumen und damit gleichzeitig das Besitztum des Legationsrats zu verlassen haben. Und das deshalb, weil die beiden Arbeiter unterlassen haben, den Admini-

strator des Herrn v. Bourtales zu grüßen! In dem gerichtlichen Urteil heißt es: Nach Annahme des Gerichts hat Legationsrat v. Bourtales einen wichtigen Grund gehabt, den beiden Arbeitern das Dienstverhältnis ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist zu kündigen, weil dieselben vermindert haben, dem auf dem Gute Schwedow als Vertreter des v. B. in Schwedow angestellten und wirksamen Administrator Senfarth den Grub zu bieten. Der Grub ist das äußere Zeichen der Achtung vor dem andern. Die Sitte verlangt in gewissen Verhältnissen dem Grub als solches Zeichen und erblickt in dem Unterlassen oder Verweigern das äußere Zeichen der Achtung. In diesen Verhältnissen gehört auch das Verhalten eines Gartenarbeiters auf einem Gute zu dem Gutbesitzer oder dessen Vertreter (Administrator), umso mehr, als der Gutbesitzer nicht bloß der Arbeitgeber, sondern auch Träger bedeutsamer obrigkeitlicher Rechte, also sein Vertreter auch solcher in diesen Beziehungen ist. Der Gutbesitzer und sein Vertreter können nach der bestehenden Sitte verlangen, daß die von ihnen abhängigen, auf dem Gute beschäftigten Leute sie grüßen, in dem Maße, daß das absichtliche Unterlassen eine Kränkung und Beleidigung gegen jene enthält. Beide Arbeiter hätten ihre vertragsmäßigen Verpflichtungen dadurch verletzt, daß sie den schuldigen Gehorsam verweigerten und sich einer groben Ungehörigkeit schuldig machten, indem sie den Administrator durch Unterlassen des Grubes fortgesetzt kränkten und beleidigten. Die Pflicht zu grüßen ging aber aus ihren mit dem Beklagten abgeschlossenen Dienstvertrag hervor. Der Arbeiter Kelling wies keinen andern Grund anzuführen, als daß der Administrator Senfarth ihm die versprochenen Kartoffeln erst nach und nach heraus gegeben und dann, als Kelling sich darüber bei Herrn v. B. beschwert hätte, dem Boykott Meße aufgegeben hätte, fortan statt seiner, des Senfarths, mit Kelling zu verhandeln. Der Administrator Senfarth war hierzu durchaus befugt, er war nicht verpflichtet, die Verhandlungen mit Kelling wegen der Kartoffeln persönlich zu führen. Aber auch das Gegenteil angenommen, lag für Kelling doch noch kein Fall vor, der ihn berechtigte, mit Einhalten des Grubes zu antworten. Der Arbeiter Kelling war und blieb auf jeden Fall durchaus verpflichtet, dem Administrator Senfarth den Grub anzubieten. Ebenowenig sind die vom Arbeiter Spalda vorgebrachten Gründe stichhaltig. Anlangend das Duzen, so ist es früher vielerorts Gebrauch gewesen, daß die Gutleute, wenn sie unverheiratet waren, mit „Du“ und sonst mit „Er“ von ihren Vorgesetzten (!) angedredet wurden. Einem Nichtmecklenburger, wie Spalda, mag dieser Brauch nicht angemessen erschienen sein. Aber jedenfalls hat er sich 9 Jahre hindurch das Duzen gefallen lassen, wenn er es sich auch anfänglich und zuletzt vor 2 Jahren angeblich erfolglos Benennung als „dämlicher Schafkopf“ und „dämlicher Hund.“ Daß mit dem Aufhören des Dienstverhältnisses die Kläger jedes Recht an den ihnen zur Erfüllung ihrer Dienstpflichten eingeräumten Wohnungen verloren haben, ist selbstverständlich. Die Wohnungen seien deshalb spätestens am 8. September zu räumen. — Dieses herrliche Dokument deutscher Kultur und Rechtsprechung muß kommentarlos genossen werden.

Güstrow. Ausgesetzt wurde die in der Berufungsinstanz vor der hiesigen Strafkammer für Dienstag anberaumte Verhandlung gegen jene 11 Güstrower Parteigenossen, denen zur Last liegt, sich einer Uebertretung gegen das mecklenburgische Vereins- und Versammlungsrecht schuldig gemacht zu haben durch Abhaltung einer Versammlung am Karfreitag d. J. im Saale der „Friedrichshalle“. Die Versammlung ist nach staatsanwaltschaftlicher Auffassung eine öffentliche, zu politischen Zwecken abgehaltene gewesen. Beim Schöffengericht fiel der Vertreter der Anklage mit solcher Auffassung ab, die Angeklagten wurden freigesprochen. Auf die von der Staatsanwaltschaft eingelegte Berufung sollte nun die Strafkammer in der Sache urteilen. Die Verhandlung wurde jedoch vertagt, weil das Gericht es für nötig erachtete, die nicht-erfahrenen, durch ihren Rechtsanwalt vertretenen Angeklagten, bei der Verhandlung zur Stelle zu haben. Es wird deshalb ein neuer Termin angefest werden, zu dem die Angeklagten zu erscheinen haben. Das Gericht begründete die Notwendigkeit der persönlichen Anwesenheit der Angeklagten mit dem Hinweis auf Widersprüche, die beständen zwischen den Aussagen der Angeklagten in der Voruntersuchung und denen in der Hauptverhandlung vor dem Schöffengericht und die auszuklären ohne den Angeklagten nicht möglich sei. — Natürlich ist es von dem Gericht nachkommen und die angeblichen Widersprüche aufklären. Ob die Angeklagten angesichts des Umstandes, daß ihre Anklage aufgearbeitet ist auf einem mecklenburgischen Ausnahmegele gegen die Sozialdemokraten, diesen guten Willen haben werden, steht dahin.

Bremen. Senatswahl. Senator Matthias Gildemeister erklärte wegen seiner Uebersiedelung nach Amerika (Jauique) seinen Austritt aus dem Senat. Die Neuwahl ist auf den 24. September angefest worden.

Geestmünde. Der Antrag auf Haftentlassung, den die wegen Teilnahme am Bahnpoststrawall als verdächtig Inhaftierten gestellt hatten, ist vom Landgericht Verden, Rentenkammer II, abgelehnt worden. Die Ablehnung wird damit begründet, daß, da die Beschuldigten des ihnen zur Last gelegten Landfriedensbruchs dringend verdächtig erschienen, mit Rücksicht auf die zu erwartenden hohen Strafen auch fluchtverdacht begründet ist und mit Rücksicht auf die zurzeit in Geestmünde herrschenden Streitverhältnisse Kollisionsgefahr vorliege. Der Antrag unseres Genossen Angelo auf Haftentlassung gegen Sicherheitsleistung ist gleichfalls wegen der bestehenden Kollisionsgefahr abgelehnt worden. Gegen diesen ablehnenden Bescheid wird selbstredend der Weg der Beschwerde beschritten werden.

Lehe. Arbeitgeberterrorismus. Ein in der stippigen Sanduhle beschäftigter Arbeiter mußte, wie unser Parteiorgan in Geestmünde mitteilt, von seinem Arbeitgeber auf Betreiben des Arbeitgebers erwerbendes entlassen werden, weil er organisiert war. Entweder Entlassung oder 100 Mk. Geldbuße war die Alternative, vor welche der Arbeitgeber gestellt wurde. — Werden sich die bürgerlichen Blätter über diesen standhaften Terrorismus auch entrüsten? Werden die Behörden, insbesondere die Staatsanwaltschaft, hier einschreiten, da nach dem bestimmten Kaiserwort denjenigen die schwerste Strafe treffen soll, der andere an freiwilliger Arbeit hindert, oder sind die Gesetze nur dazu da, um itets gegen die Arbeiter, nie aber gegen die Arbeitgeber angewendet zu werden?

Oldenburg. Der Zusammentritt des Landtages wird, wie unser Panter Parteiorgan aus sicherer Quelle erfahren haben will, am 27. September erfolgen. Die Tagung wird nur von kurzer Dauer sein. — Redakteur Biermann vom „Neuburgboten“ wird am 18. September aus der Strafhaft in Verden entlassen werden. — Der Großherzog ist unter die Erfinder gegangen. Die neueste Nummer des vom kaiserlichen Patentamt herausgegebenen Patentblattes ent-

Krimmischau.

Gegen das Krimmischauer Streikkomitee und den Textilarbeiterverband hat die bürgerliche Presse einen Verleumdungskampfbzug eröffnet. Es wird behauptet, den letzten Ausgesperrten in Krimmischau, etwa 10 Mann, sei jetzt ohne weiteres die Unterstützung entzogen worden, obwohl man diesen Leuten früher große Versprechungen über die voraussichtliche Unterstützung im Falle einer Maßregelung gemacht hätte. Der Textilarbeiterverband, der Hunderttausende am Streik in Krimmischau verdient hätte, überlasse jetzt die Opfer des Kampfes dem Glende usw. Selbstverständlich bemächtigt sich die ganze bürgerliche Presse der Sache als willkommenen Stoff zu einer Hege gegen die Gewerkschaften im allgemeinen und gegen den Textilarbeiterverband im besonderen. Der „Chemnitzer Volksstimme“ wird jetzt zu der Angelegenheit aus dem Bureau der Krimmischauer Textilarbeiter folgendes geschrieben:

„Die selbe Presse, die der Auszuhungerung der Krimmischauer Zehnstundenkämpfer frohlockend zusah und die dauernde Auszuhungerung Tausender braver Arbeiter durch die Industrieproben mit keinem Worte mißbilligte, besitzt jetzt die Frechheit, Teilnahme mit den noch Ausgesperrten zu heucheln. Der Zweck ist durchsichtig, die Arbeiter sollen mit Vorurteilen gegen ihre Organisation erfüllt werden. Die bürgerlichen Blätter lärmten darüber, daß angeblich den letzten zehn Ausgesperrten die Unterstützung entzogen worden ist resp. entzogen werden soll. Damit keine falsche Meinung über den Textilarbeiterverband bei den Arbeitern aufkommt, wollen wir auf den Sachverhalt eingehen.“

Ein volles Jahr liegt nun hinter dem 22 Wochen währenden Kampfe in Krimmischau. 22 lange Wochen hindurch sind Tausende von Arbeitern aus den Mitteln des Verbandes und durch Aufbringung von Geldern durch die deutsche Arbeiterschaft unterstützt worden. Nach Beendigung des Kampfes blieb eine große Anzahl Ausgesperrter zurück, die der weiteren Unterstützung bedurften. Viele befanden sich darunter, welche sich dem Verbands erst zurzeit des Kampfes angeschlossen hatten. Es gab jedoch kein Wort des Tadel; einer wie der andere wurde in reichlichem Maße unterstützt. Daß man sich dabei keine Reichtümer anhäufen konnte, ist klar. Woche um Woche verringerte sich die Zahl der Ausgesperrten, welche teils hier, teils auswärts Arbeit erhielten. Nach einem Jahre, am 17. August d. J., waren noch zehn Arbeiter ausgesperrt. Die Verbandsleitung hielt es nun für ihre Pflicht, Rücksprache mit den Ausgesperrten, welche bisher keine Arbeit erhalten hatten, darüber zu nehmen, was nun geschehen sollte.

Es ist Tatsache, daß zur selben Zeit einige Unternehmer noch auswärtige Arbeitskräfte herbeizogen, während es für die Krimmischauer Arbeiter „keine Arbeit“ gab. Man mußte damit rechnen, daß diese hier am Orte nicht eingestellt würden und sie gezwungen waren, Krimmischau zu verlassen. Daß die Unterstützungen nicht zeitlich und gezahlt werden können, war auch dem letzten Ausgesperrten klar. Zwei der Anwesenden erklärten dem „V“, daß sie es für selbstverständlich hielten, daß mit der Zahlung der Unterstützung einmal ein Ende gemacht werden müsse und verzichteten sofort auf jede weitere Unterstützung. Drei andere der Erschienenen erklärten, daß sie Arbeit erhalten würden, was sich in der Zeit von 14 Tagen regeln werde. Diese Erklärungen wurden abgegeben, ohne daß ein Einfluß auf die Beteiligten ausgeübt wurde, oder es hierzu eines Beschlusses bedurfte hätte. Ein anderer, welcher krank ist und vom Verband bisher unterstützt wurde, wozu keine Verpflichtung bestand, und der mit dem Streik nicht in Verbindung gebracht werden kann, scheidet hier aus.

Nichts ist selbstverständlicher, als daß die Arbeiterschaft, welche unter den Folgen des Ausstandes zu leiden gehabt

hat, unterstützt werde. Das ist auch in reichem Maße geschehen bis auf den heutigen Tag: noch immer wird die Unterstützung fortbezahlt. Pflichtwidrig würde indessen die Verbandsleitung handeln, wollte sie denen eine Unterstützung zubilligen, welche Arbeit nachgewiesen erhalten, aber der Arbeit aus dem Wege gehen. Die Erfahrung hat gelehrt, daß es auch Arbeiter gibt, die bei großer Kinderzahl eine Unterstützungssumme erhalten, die dem früher verdienten Lohn gleichkommt, die es aber selber nicht für nötig erachten, ernstlich nach Arbeit zu gehen. Die Verbandsleitung in Krimmischau ist sich ihrer Verantwortung bewußt; sie weiß, daß an diesen gesammelten Geldern die gesamte Arbeiterschaft ein Anrecht und der Ärmste seinen Beitrag dazu geleistet hat, darum eben hat sie die doppelte Pflicht, gewissenhaft in der Ausgabe von Geldern zu sein.“

Werden die gegnerischen Zeitungen jetzt von dieser Erklärung Notiz nehmen? Wer das glaubt, kennt die bürgerliche Presse schlecht. Wenn es gilt, die Sozialdemokratie zu verächtigen, handelt man dort nach dem Rezepte: Nur drauf los verleumdungen, etwas bleibt doch hängen. Damit nun möglichst viel hängen bleibe, unterschlagen die Ordnungsblätter konsequent alle Berichtigungen ihrer Lügen. So wird's sicher auch diesmal gemacht.

Soziales und Parteileben.

Streiks und Lohnbewegungen. Das gesamte Wächterpersonal der Münchner Maschinen- und Schiffs-Gesellschaft ist Montagabend vor Dienstantritt in den Ausstand getreten. Verhandlungen haben bisher zu keinem Resultat geführt. — Der Konflikt in der eidgenössischen Konstruktionswerkstätte in Thun (Schweiz) ist beigelegt.

Einen harten Kampf um das Koalitionsrecht haben gegenwärtig die Porzellanarbeiter in Roschütz bei Gera zu bestehen. Im Laufe der letzten Jahre haben sich circa 130 der dort beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen dem Porzellanarbeiterverband angeschlossen. Der Chef der Firma, Schilde, der selbst dem Arbeitgeberverband angehört, stellte nun in diesen Tagen an die Arbeiter das Ansuchen, entweder zu kündigen, oder aus dem „Berliner Verband“ auszutreten. Andere, ihm ungefährliche Organisationen will Herr Schilde großmütig zulassen. In zwei gutbesuchten Fabrikbesprechungen haben die Arbeiter Stellung genommen und, nachdem vorher eine Kommission resultatlos mit der Fabrikleitung verhandelt hatte, in geheimer Abstimmung mit 101 gegen 1 Stimme beschlossen, nicht aus der Organisation auszutreten.

Genosse Trifse, der Gauleiter des deutschen Schneiderverbandes für Rheinland und Westfalen, wurde von der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands zum Gewerkschaftssekretär für Ost- und Westpreußen gewählt. Trifse verläßt bereits Ende dieses Monats Elberfeld, um nach Königsberg überzusiedeln.

Lage des deutschen Arbeitsmarktes. Der Eindruck, den die Verschlechterung der Marktlage im Kohlenbergbau und Eisengewerbe während des August ausgeübt hat, war so nachhaltig, daß sich die Auffassung von einer ungünstigen Wendung der gesamten wirtschaftlichen Lage festsetzte. Auch verallgemeinerte man die infolge der Trodenheit eingetretenen Betriebsstörungen vielfach in unzulässiger Weise. Tatsächlich war nun aber das Gepräge des Arbeitsmarktes während des Monats August günstiger. Es zeigte sich sowohl gegenüber dem Vormonat als auch gegenüber dem Parallelmonat des Vorjahres eine merkliche Besserung. An den öffentlichen Arbeitsnachweisen kamen nämlich auf je 100 offene Stellen 115,9 Arbeitsuchende gegen 120,8 im Juni und gegen 131,7 im Vergleichsmonat des Vorjahres. Die relativ freundliche Signatur, die das Gepräge des Arbeitsmarktes im August auszeichnete, wurde, wie schon im Vormonat, hauptsächlich da-

durch herbeigeführt, daß die Nachfrage in der Landwirtschaft und im Baugewerbe in diesem Jahr bedeutend größer war als 1903.

Kapitalistischer Entbehrungslohn. Die Burschacher Hütte, eine Eisenhütten-Gesellschaft, zahlt ihren Aktionären 25 Proz. Dividende für 1903, nachdem noch reichliche Abschreibungen vorgenommen worden sind. Durch die in den Betrieben festgesetzten niedrigen Löhne ist das natürlich möglich. Die Dividende ist hier wie auch in anderen ähnlichen Dividenden-Gesellschaften tatsächlich aus den Knochen der Arbeiter herausgeschunden, denn Unfälle sind nicht selten. Auch sonst herrschen Zustände wie in ganz Saarabien.

„Entbehrlich geworden!“ Der Breslauer „General-Anz.“ enthält folgendes Inserat: „Infolge Auflösung des Spanns sind die Dienste des Kutschers Rauer, welcher 32 Jahre meiner verw. Tante Gräfin Eberhard zu Stolberg-Wernigerode, geborene Prinzessin Reuß, treu gedient hat, entbehrlich geworden. Derselbe sucht zum 1. Oktober d. J. oder später eine Anstellung als Hausverwalter, Portier oder Kassenbote oder eine ähnliche Stellung, wozu ich denselben aufs beste empfehlen kann. Rauer ist 56 Jahre alt, hat zwei Felzbügel mitgemacht, erfreut sich jedoch völliger Mäßigkeit, und seine Tüchtigkeit und Treue ist musterhaft. Rauer ist verheiratet, seine Kinder sind schon selbständig. Graf Karl Büdler, Kaiserlich deutscher Gesandter. Graf Off. bitte an Rauer, Dominium Ober-Weistritz, Kreis Schwidnitz, zu senden.“ — Das Inserat liefert auch einen hübschen Beitrag zu der „gesicherten Existenz“ des deutschen Arbeiters.

Streng bestraft wurde vom Landgericht Chemnitz ein Gleisearbeiter. Er war am 1. Mai auf einen Bau gegangen und hatte versucht, die Arbeitskollegen zur Teilnahme an der Maßfeier zu bewegen. Dabei hatte er einem Kalkträger Ohrfeigen angeboten. Das war jedenfalls nicht angebracht; auch war der Mann sehr unvorsichtig, als er der Aufforderung des Bauführers, den Bau sofort zu verlassen, nicht nachkam. Man wird aber zwei Monate Gefängnis, die das Landgericht als Strafe ausworf, als außerordentlich harte Sühne bezeichnen müssen.

Amüßlicher Menschenhandel. Die „Rattowitzer Ztg.“ enthielt in ihrer Nummer 201 vom 1. September 1904 folgendes Inserat:

Von einem Transport Galizier sind noch 2 Männer, 2 Weiber, 3 Burschen, teils deutsch redend, sofort billig abzugeben. Amüßliche Uebernahmestelle Myslowitz.

Die Beantwortung einer Anfrage wegen „Abgabe“ der offerierten „Ware“ lautet:

„Amüßliche Uebernahmestelle Myslowitz, Tagebuch Nr. 5117. Myslowitz, den 1. September 1904. Zur gefälligen heutigen Karte. Von den offerierten Leuten sind noch verfügbar 1 Mann (deutschsprachend), 1 Bursche und 1 Weib. Die beiden letzteren sind des Deutschen jedoch nicht mächtig. Diese Leute würden wir mit 3 Mk. Provision pro Kopf frei Myslowitz abgeben. Ein Mann, ein Weib und zwei Burschen von der offerierten Partie sind bereits anderweitig vergeben. Sollten Sie jedoch noch größeren Bedarf an Leuten haben, so bemerken wir ergebenst, daß noch im Laufe des heutigen oder morgigen Tages bestimmt 6 ruthenische Männer, drei Burschen und ein Weib hier eintreffen werden. Dieselben dürften zwar des Deutschen nicht mächtig sein, doch sind sie mit den Polen keineswegs identisch und können in Ober-schlesien überall beschäftigt werden, ohne durch Ausweitung gefährdet zu sein. Für diese Leute würden sich die Uebernahmegebühren frei Myslowitz jedoch auf 5 Mk. pro Kopf stellen. Uebernahmestelle der Landwirtschaftskammer Berlin, Myslowitz. Haad.“ — Jeder Kommentar würde die Wirkung dieser Anzeige abschwächen.

Bremen und die Sozialdemokratie. So lautet der Titel der Festschrift, die die Bremer Parteigenossen dem

Die Hosen des Herrn von Bredow.

Roman von Wilibald Alexis (W. Häring).

(15. Fortsetzung.)

„Auf die Art gewiß nicht!“ fuhr von Lindenberg fort. „Ihrer Zeit taten die Weiler, die Duhow, die Bredow, meineliebsten alle, taten was sie konnten, und es mag nicht ihre Schuld sein, daß wir keinen zweiten Krenmer Damm hatten. Wir aber zerfielen in uns, wir hielten nicht zueinander. Seht in Schwaben, in Franken, am Rhein, dort waren sie klüger, sie taten sich zusammen in Bündnisse, in Orden. Es ist eine Masse von Männern, Ritters, Burgen, an denen die Fürsten ihre Zähne probieren können, und mancher brach schon dabei.“

„Wir haben keine Berge und Felsen, unsere Burgen stehen in Sand und Sumpf.“

„Darum hätten wir — Doch das Getane läßt sich nicht ändern. Jener erste Holze Friedrich, jener andere mit den eisernen Zähnen, auch Albrecht, der nur als Landvogt zu uns kam, uns seine Achillesfersen fühlen zu lassen, haben es nicht getan. Die betrachteten uns noch als ein fremdes Land, das sie jügelten und preszten. Wenn ihnen nicht mehr heimisch drin war, zogen sie in ihre fränkischen Berge; dann atmeten unsere Väter wieder auf, sie blieben frei. Aber der bleiche Johannes, den die Gelehrten Cicero schalteten, hat uns die Daumenschrauben angelegt. Er blieb kein Franke, er ward ein Märker, er lernte unsere Schwächen kennen und das machte ihn fest.“

„Die fünfzehn Schlösser, welche er schon als Kurprinz brach! Es war eine schlimme Zeit, Herr von Lindenberg.“

„Und sie wird noch schlimmer werden unter seinem Sohne. Ihr denkt, er ist ein Knabe, aber ich sage Euch, in einem Jahre kann er ein Mann sein. Ihr denkt, er spielt mit Büchern, aber seine Gedanken fliegen weit bis ins

Blaue. Wenn wir nicht zusammen stehen, wenn wir nicht die Klugheit aus den Gürteln beschwören, wenn wir nicht schlau sind wie die Schlangen, so ist's um uns geschehen. Seine Vorfahren ließen Ritter und Familien kommen aus Franken und dem Reiche. Unsere Väter zwickten sie wieder fort, oder sie wurden durch Heiraten eines Wirtes mit uns. Er zitiert Gesler, Geppert, aber nicht Menschen von Fleisch und Blut. Wer jagt die aus dem Lande? Einbürgerung möchte er die ganze lateinische Weisheit von tauend Jahren, Gelehrte, Pfaffen, die Kirche, eine Universität gar! Es ist gar nichts, was gewesen ist und anderswo ist, was er nicht aufstellen möchte und probieren. Gesetzbücher sollen gemacht werden, deutsch und lateinisch, Kollegien eingerichtet, zum Regieren, zum Besteuern, zur Oberaufsicht, unsere Sitten sollen vertieft werden. Ein Spinnweben von seinen Drahtfäden möchte er übers Land ziehen, daß kein Huhn weiter ausflattern kann, als er will.“

„Herr von Lindenberg,“ sagte Peter Melchior, „ich glaube, Ihr selbst seht Gespenster. Wie alt ist er denn?“

„Ihr mögt recht haben. Aber der Kopf wird mir bisweilen warm, wenn ich ihn so schwören höre, und der Dunst aus dem Griechischen und Lateinischen mir wie ein Alp auf die Brust fällt. Da sehe ich denn nur trüb vor mir. Denn dies Nürnberger Burggrafenblut, das alles besser wissen will, aber besser einrichten, klüger sein, frommer, es sprudelt und spukt in einem wie in dem andern.“

„Auf den Landtagen muß er's doch manchmal hören!“

„Hört er denn darauf! Das ist ettel Geschwätz. Wenn wir uns helfen wollen, müssen wir's anders anfangen.“

„Daß das Land uns gehört, beweis es ihm einer.“

„Wer zuviel auf einmal will erreicht nichts. Ich table nicht die Köckerige, die Lübecker, keinen von ihnen allen,

aber sie schlagen zu plump und grob darauf. Warum auf der Straße liegen und den ersten besten werfen? Das gibt immer Geschrei und böses Blut. Preßt doch ein wenig euer Hirn, schlägt eure alten Pergamente nach, Verträge, Urkunden, Schenkungen, Gewohnheiten. Darauf troßt! Mit Art und Manier zugegriffen, daß sie euch mit Strauchdiebe und Bege-lagerer schelten dürfen. Himmel und Hölle, hast du nicht ein Recht, oder wenn du nicht, hatten's deine Väter nicht, haben sie's nicht einmal geübt, daß der Krämer dort seine Waren auslud, daß er in jenem Krüge trinken mußte, daß der Schiffer dort anlegte, daß die Wallfahrer da fingen mußten. Strengtet ihr alle, strengtet ihr alle unseren Gips an, da kämen Rechte zusammen, wie Sand am Meere, und zweifelt ihr daran, daß sie übertreten werden? Da zugeschlagen, da euch in Besitz gesetzt, und wenn die Rechte schreien, wie wieder! Wenn der ganze Adel zugleich den Mund aufstie, was müßte das für ein Geschrei geben. Wenn ihr klug wäret, nähmt ihr Pfaffen, Gelehrte dazu — es gibt überall solche Gesellen von der Feder, die euch für eine Bratwurfs aus dem verräucherten Pergament beweisen, was ihr beweisen haben wollt. Da denn gepocht, ihm das Gewissen heiß gemacht. Solche verräucherte Schartecken mit alten Satzungen und Gerechtigkeiten sind ihm ein Spielzeug; er dünkt sich was daraus, sie zu schütten und zu bewahren. Das Eisen geschmiedet, so lange es warm ist. Hier hilft uns seine Jugend. Er muß nicht zur Ruhe kommen vor lauter Klagen und Beschwerden. Er muß so eingeheizt werden, daß er nicht aus und ein weiß, daß er links und rechts ausfährt. In der Blut schlägt man falsch; das gibt uns neue Waffen. Am Ende verwirrt, gescholter, mißverstanden, läßt er alles gehen, wie es ist, und mehr brauchen wir nicht. Dann ist das Regiment wieder in unseren Händen, wie es sein müßte von Gott und Rechts wegen in der Mark Brandenburg.“

Der Herr von Lindenberg war aufgestanden, und tat einen vollen Zug aus der Ranne. Peter Melchior trauete sich

